

### Machtlos in der Krise!



#### Themen in dieser Ausgabe:

- Ferienjobs ...!
- FDP ist Verlass ...!
- Arbeitszufriedenheit ...!
- Situation Jugendlicher ...!
- Kapitalismus zerstört sich ...!
- Steuererhöhungen ...!

#### IN DIESER AUSGABE:

Ferienjobs: Leistung lohnt sich wieder?	2
Honorarsteigerungen für Ärzte aus dem Sozialausgleich der Kassen	2
Dobrindt nervt (CSU)	2
Arbeitszufriedenheit in Deutschland sinkt langfristig	2
Bundesregierung redet Situation Jugendlicher in Deutschland schön	3
Der Kapitalismus zerstört sich selbst	3
Diskussion um Steuererhöhungen	3
Rheinfelder Montagsdemo 2011	4

#### Die Politiker Europas beweisen an allen Fronten ihre totale Unfähigkeit. Doch niemand ist in Sicht, der eine „linkere“ Linie durchsetzen könnte.

Nun ist es raus. Ausgesprochen hat es Jean-Claude Trichet, der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB). Europa, sagte er, stecke in der schwersten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Elmar Altvater, emeritierter Professor der FU-Berlin, Doyen der linken Ökonomen schreibt: „Der Kapitalismus ist am Ende“. Und Frank Schirmmacher, Mitherausgeber der FAZ, analysiert in einem erstaunlich luziden Beitrag mit dem Titel „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“ in der Sonntagsausgabe seines Blatts vom 14. August, die bürgerliche Politik, ob konservativ oder sozialdemokratisch geprägt, sei bankrott. Nach dreißig Jahren Globalisierung werde klar, dass die „linken“ Ideen zur Führung einer Gesellschaft wohl doch die besseren seien als die „rechten“. Erstaunliche Einsichten eines Publizisten, der bislang nicht gerade in dem Ruf stand, ein Linker zu sein. Er bezieht sich auf den erkonservativen Journalisten und Thatcher-Biographen Charles Moore, dem angesichts der Privatisierung enormer Gewinne durch die Finanzindustrie bei gleichzeitig immer größerer Belastung des Mittelstands und der unteren Einkommensschichten durch die Sozialisierung der Verluste eben jener Finanzinstitute und ihrer kritik- und hemmungslosen Unterstützung durch die Politik jüngst im Daily Telegraph ähnliche Gedanken gekommen zu sein scheinen. Wissenschaft, Publizistik und europäische Notenbank kommen zu einem ähnlichen, ziemlich ernüchternden Fazit. Nur die Politik ficht das alles offenbar nicht an. Seit dem Beginn der Krise betreibt sie europaweit

Flickschusterei, indem sie jeweils einzelne Phänomene bekämpft, aber nicht deren Ursachen.

Begonnen hat die Krise im Jahr 2008 bekanntlich mit der Subprime-Krise in den USA, faulen Hypotheken, für die es keinen Gegenwert gab und deren Zinsen die Schuldner nicht mehr bedienen konnten. Da diese Hypotheken mit ausdrücklicher Zustimmung der Ratingagenturen in komplexe und undurchschaubare Wertpapiere verpackt und weltweit verkauft wurden, waren Milliarden von Wertpapieren auf der Welt mit einem Schlag „toxisch“, also wertlos. Das führte zur Bankenkrise, und da viele dieser viel zu großen, also „systemrelevanten“ Banken vor der Pleite standen, griffen die Staaten mit Milliardenhilfen ein. Das führte zur Schuldenkrise, da die Staaten, also deren Steuerzahler die astronomischen Verluste der Finanzwirtschaft übernahmen.



**Jochen Kelter zu Besuch am 30. August 2010 bei uns Montagsdemonstranten in Rheinfelden**

Das wiederum führte zur Krise des Dollar und des Euro, also geradewegs in eine Währungs-krise. Den überschuldeten Euro-Staaten musste und muss mit riesigen Hilfspaketen unter die Arme gegriffen werden, was für die Geberländer wiederum neue Schulden und damit höhere Steuern und Gebühren und Kürzung der Sozialleistungen bedeutet. Denn die bürgerliche Politik kennt nur eine Antwort auf die Krise. Eine Politik der

Austerität, eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Während die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weltweit rückläufig sind, steigen die Gewinne der Finanzwirtschaft weiter. Der Mittelstand droht, nicht nur in Spanien, Portugal und Großbritannien pulverisiert zu werden.

Um Länder wie Griechenland und andere aus der Euro-Zone zu entlassen, ist es mittlerweile zu spät, die einzige Alternative, eine „Transferunion“, eine gemeinsame Haftung mit „Euro – Bonds“ scheut aber vornehmlich die deutsche Politik; italienische oder irische Staatsanleihen würden dadurch billiger, deutsche hingegen teurer. In Frankreich, dessen Bonität nun ebenfalls bedroht scheint, und in Italien werden neue Ausgabenkürzungen vorbereitet. In Großbritannien und Spanien ist es bereits zu sozialen Unruhen gekommen. Jugendbanden holen sich in englischen Städten das aus den Geschäften, was ihnen seit Jahrzehnten als einzig erstrebenswerter Besitz vorgegaukelt wird, aber unerreichbar bleibt. Die gesamte politische Klasse Europas gehörte eigentlich zum Teufel gejagt. Wer aber an ihrer Stelle die „linken“ Ideen in die Wirklichkeit umsetzen sollte, verrät auch Frank Schirmmacher nicht, wohl einfach, weil weit und breit niemand in Sicht ist.

Jochen Kelter ist Schriftsteller und lebt in Ermatingen/Schweiz sowie in Paris.

Quelle: Südkurier



**Vortrag über Krieg und Frieden**

### Ferienjobs: Leistung lohnt sich wieder?



“Stell dir vor, es gibt Geld für Kinder von Hartz-IV-Empfängern, aber niemand geht hin und holt es ab. So ähnlich verfährt die Bundesregierung mit der Neu-Regelung um den Ferienjob. Seit vergangem Jahr nämlich dürfen die Hartz-IV-Kinder, ohne dass ihnen etwas abgezogen wird, während der Ferien dazu verdienen. ... Es ist nur gerecht, dass die Bundesregierung den Hartz-IV-

Kindern ihren Ferienjob-Verdienst nicht mehr weg-nimmt. Bis zum vergange-nen Jahr war das nicht so. Bis dahin lernten diese Kin-der vor allem, dass sich für sie Leistung nicht lohnt. ... Dumm nur, wenn von dieser Neu-Regelung gerade Hartz-IV-Empfänger so we-nig erfahren. Denn davon ist auf keinem Merkblatt etwas zu lesen. Beim ver-klausulierten Gesetzestext kommt selbst die Presse-

sprecherin des Arbeits-Ministeriums ins Schlei-der und bietet einen Rück-ruf an, da sie erst jeman-den suchen müsse, der ihr den Text erklärt. Und im Internet geistern natür-lich mehr Berichte zu alten Re-gelungen umher als zu neuen. Schön, dass die Bundesregierung die Ände-rung durchgesetzt hat. Noch schöner wäre es, wenn jene, die es betrifft, davon erfahren...”

Quelle: 12.8.2011, Südwestpresse



### Honorarsteigerungen für Ärzte aus dem Sozialausgleich der Kassen

Wenigstens in einem Punkt ist auf die FDP Verlass. Obgleich kaum Geld in den Kassen ist, konnte Gesundheitsminister Daniel Bahr Honorarsteigerungen in Milliardenhöhe für die Ärzte durchboxen. Um die Mehrkosten haushaltsneutral zu finanzieren, hat das Finanz-

ministerium einen Passus in die Gesetzesnovelle schreiben lassen, der verhindert, dass die aus Bahrs Milliardenge-schenken resultierenden Zu-satzbeiträge über den Sozial-ausgleich abgedeckt werden. Dies ist nicht der erste Frontal-angriff auf den Sozialaus-

gleich, der streng genommen nur vom Namen her existiert. Die Umverteilung von unten nach oben geht auch im Ge-sundheitssystem unaufhörlich weiter.

Von Jens Berger  
nachdenkseiten.de



### Dobrindt nervt (CSU)

Die Forderung aus der CSU, ein Verbot der Linkspartei zu prüfen, ist ödeste Klamotte. Sie wäre im Prinzip ein geeigneter Fall für die Missbrauchsgebühr. [...] Seine Forderung, die Linkspartei nicht nur weiterhin vom Verfas-sungsschutz beobachten zu lassen, sondern einen Verbots-antrag beim Bundesverfas-

sungsgericht zu prüfen, ist kein Beitrag zur Debatte, sondern die Verweigerung der Teilnahme an der Debatte. Welche Debatte? Die Linkspartei debattiert über ihr neues Grundsatzprogramm und damit über eine Neubestim-mung des Eigentumsbegriffs, über die Legalisierung politischer Streiks und über die Verstaatli-

chung dieser und jener Kon-zerne. In einem Wort: Die Partei stellt den Kapitalismus in Frage. Der aber ist nicht vom Grundgesetz geschützt, er ist, wie sich herumgespro-chen haben dürfte, nicht einmal vor sich selbst ge-schützt.

Quelle: Frankfurter Rundschau



### Arbeitszufriedenheit in Deutschland sinkt

- Seit Mitte der 1980er Jahre nimmt die Arbeitszu-friedenheit von Beschäftig-ten in Deutschland in ei-nem langfristigen Trend ab.
- Besonders stark ist der Rückgang bei älteren Ar-beitnehmern jenseits des 50. Lebensjahres. Anson-sten zeigt sich ein Rückgang

der Arbeitszufriedenheit in allen Qualifikationsstufen und in Betrieben un-ter-schiedlicher Größe in ähnli-cher Form.

- Im internationalen Ver-gleich weisen Arbeitnehmer in Deutschland eine beson-ders geringe Arbeitszufrie-denheit auf.
- Die Ursachen dafür sind

in Entwicklungen wie der Intensivierung der Arbeit in den Betrieben, Proble-men der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geringen Lohnsteigerun-gen und wachsender Unsicherheit bezüglich der beruflichen Zukunft zu suchen.

Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation



02.08.2011 Studie: Arbeitnehmer immer unzufriedener

Studie: Arbeitszufriedenheit sinkt erheblich  
**Frust, made in Germany**

DIE WELT | UNZUFRIEDENHEIT  
**Deutschen vergeht die Arbeitslust**

3. August 2011  
Studie: Unzufriedene Arbeitnehmer gefährden die Wettbewerbsfähigkeit

DIE WELT KOMPAKT | ARBEITZUFRIEDENHEIT  
**Mehr Frust im Job**

**Deutsche Arbeitnehmer immer frustrierter**  
Ältere Menschen besonders unglücklich

## Bundesregierung redet Situation Jugendlicher in Deutschland schön

„Die Realitätsverweigerung der Bundesregierung in Sachen Jugendpolitik nimmt weiter ihren Lauf. Offenkundig hat sich die schwarz-gelbe Koalition entschlossen, den sozialen Hintergrund der Proteste zu ignorieren. Die Verarmung und die prekären

Beschäftigungsverhältnisse vieler Jugendlicher in Deutschland lassen sie kalt“, so Yvonne Ploetz, Bun-

destagsabgeordnete von DIE LINKE. Damit reagiert sie auf eine Antwort der Bundesregierung auf ihre schriftliche Frage zu deren Einschätzung der gegenwärtigen Jugendproteste in Europa, in der die Bundesregierung behauptet, die „soziale Integration in Deutschland ist in den vergangenen Jahren gut vorangekommen“.

Ploetz weiter:

„Die Wirklichkeit in Deutschland sieht anders

aus. Jeder fünfte Jugendliche ist von Armut bedroht. Jugendliche leiden besonders stark unter den Auswirkungen des neoliberalen Deregulierungs- und Flexibilisierungswahns der letzten 20 Jahre. Laut Statistischem Bundesamt sind 36,8 Prozent der Jugendlichen atypisch beschäftigt. Perspektivlosigkeit, Chancenlosigkeit, soziale Exklusion, das Leben am Rand der Gesellschaft, sind oftmals die traurigen Folgen dieser Situation.



## Der Kapitalismus zerstört sich selbst

Vereinfacht gesagt sieht die Lage der westlichen Industriestaaten derzeit wie folgt aus: Konzerne und Superreiche haben in den letzten Jahrzehnten ungeheure Vermögen angehäuft und profitieren heute von tieferen Löhnen, billigem Geld und sinkenden Steuern. Der Mittelstand hingegen blutet aus: Die Löhne sinken, die Wohnkosten und die Steuerbelastung steigen. Das Resultat ist eine einbrechende Nachfrage, die im Begriff ist, in eine Verelendungsspirale zu münden. Dieses Phänomen ist Ökonomen bestens bekannt, sei es als «Liquiditätsfalle» oder als

«Balance Sheet Recession».

Vermeintliche Freunde des Kapitalismus, Liberale und Konservative, wollen mit Sparen und Steuerensenken der Liquiditätsfalle enttrinnen. Das kann unmöglich zum Erfolg führen. Wie soll bei fallenden Löhnen und steigender Arbeitslosigkeit Nachfrage entstehen? Und weshalb sollten Unternehmen investieren, wenn keine Nachfrage besteht?

Massive Umverteilung Der Weg aus der Liquiditätsfalle sieht anders aus: Kurzfristig muss mit sinnvollen Investitionsprogrammen in Infra-

struktur und Bildung Nachfrage geschaffen werden, um Massenarbeitslosigkeit und Deflation zu verhindern. Gleichzeitig muss der Lohnzerfall der Mittelschicht gestoppt werden. Um zu verhindern, dass die Staatsschulden außer Kontrolle geraten, muss die massive Umverteilung zugunsten der neuen Oligarchie wieder rückgängig gemacht werden. Das geht nur – wie es auch Buffett fordert – mit einer Erhöhung der Steuern für Superreiche.

Quelle: Basler Zeitung



## Diskussion um Steuererhöhungen

### Jakob Augstein – Erhöht die Steuern!

Deutschland ist ein ungerechtes Land, die Spaltung zwischen Arm und Reich nimmt zu. Doch wir können uns nicht aus der Krise sparen. Wenn wir unsere Demokratie retten wollen, müssen wir die Steuern erhöhen. [...]

Der Spitzensteuersatz ist in Deutschland so niedrig wie nie. 53 Prozent oder 56 Prozent waren früher nor-

mal. Heute sind es 42 Prozent. Wer alle Ausnahmen geltend macht, zahlt knapp über 30 Prozent. Das ist Wahnsinn. Der Staat kann es sich nicht mehr leisten, auf das Geld der Reichen zu verzichten. Der Berliner Finanzwissenschaftler Giacomo Corneo fordert für Spitzenverdiener einen Steuersatz von 66 Prozent. Recht hat er.

Quelle: SPIEGEL Online

**Dutzende Reiche sind für höheren Spitzensteuer-**

### satz

Wie in Frankreich fordert auch in Deutschland eine Gruppe Vermögender mehr Abgaben. Ein Gespräch mit Peter Vollmer

Peter Vollmer ist Mitglied der Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe

Quelle: Junge Welt

### Anmerkung Jens Berger Nachdenkseiten:

Wenn „die Reichen“ es wirklich ernst meinen, wäre dies vielleicht der richtige Zeitpunkt, ihre „Kettenhunde“ aus den Instituten und den Medien zurückzupfeifen.



V.i.s.d.P. :  
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell  
Oberhofstrasse 1  
79730 Murg/ Baden  
Tel: 07763 - 9275807  
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann  
Eisenbahnstr. 7  
79585 Steinen  
Tel: 07627 - 8127  
E-Mail: khirschmann@gmx.de

[www.montagsdemo-rheinfelden.de](http://www.montagsdemo-rheinfelden.de)



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

## Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Immer öfters kommen Jugendliche aus Rheinfelden zu unseren Montagsdemos und beteiligen sich rege an den Diskussionen. Perspektivlosigkeit ist das größte Problem was die Jugend beschäftigt. Sie wissen nicht wie sie ge-



gen diese Situation angehen können. Wir helfen ihnen über alternative Möglichkeiten nachzudenken. Es gibt viele Jugendliche die ihre Möglichkeiten etwas zu bewegen



beim Jugendparlament in Rheinfelden sehen. So berichteten Jugendliche bei der 336. Montagsdemo über ihre Arbeit und auch die bisherigen Erfolge. Ein wichtiges Thema war das Werben der Bundeswehr bei unseren Ju-



gendlichen fürs Sterben in fremden Ländern. Kein Werben fürs Sterben war unser Motto. Bundeswehr raus aus Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern. Vernünftige Ausbildung für alle Jugendlichen und Perspektiven



auf dem Arbeitsmarkt. Der Antikriegstag, am 1. September, wird diese Forderungen noch vertiefen. Aus diesem Anlass wird die MLPD Initiativgruppe eine



Veranstaltung durchführen die wir Montagsdemonstranten gerne besuchen werden. „Nie wieder Krieg“ ist eine wichtige Botschaft unserer Demos. **Jeden Montag in Rheinfelden! Ein Besuch lohnt sich.**

## Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring)
- **Attac Lörrach** „Krötenwanderung - arbeitet meine Bank korrekt“? - am Donnerstag den 15. September 2011 um 19:30 Uhr im SAK altes Wasserwerk ( beim Schwimmbad Lörrach ) Presseinformationen beachten!
- **MLPD** Antikriegstagsveranstaltung am Donnerstag den 1. September 2011 um 19.30 Uhr in Rheinfelden im Nebenzimmer VfR Restaurant, Karl-Fürstenberg-Str. 43